

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 93 | 1. Juli 2021

Heimatpolitik hat Zukunft in Deutschland Union stellt in der 19. Legislaturperiode im Bundestag die Weichen für Aussiedler- und Vertriebenenpolitik

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bewältigung der Corona-Pandemie gilt als größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch unsere parlamentarische Gruppe ist in ihrer Arbeit von den Einschränkungen nicht verschont geblieben. Aber wir haben den Kopf nicht in den Sand gesteckt, sondern erst recht losgelegt.

Dieser Kurs hat sich ausgezahlt: Die Bilanz, welche wir hier mit unserem lange erwarteten Informationsdienst vorlegen, ist wegweisend für unsere Heimatpolitik, zu deren festen Bestandteilen die Aussiedler, Vertriebenen und deutschen Minderheiten gehören.

Heimat gewinnt wieder an Bedeutung und hat Zukunft in Deutschland: Nachdem die zwei bevölkerungsreichsten Bundesländer Bayern 2014 und Nordrhein-Westfalen 2017 Ministerien mit dieser Bezeichnung eingerichtet haben, ist auch auf Initiative der Union das Bundesinnenministerium 2018 um den Bereich "Heimat" erweitert worden.

Eröffnung des Dokumentationszentrums zu Flucht und Vertreibung in Berlin

Das wichtigste Gedenkvorhaben der Bundesregierung – das Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung im Berliner Deutschlandhaus – konnte rechtzeitig zum Ende der Legislatur vollendet werden. Die Eröffnung des 75 Millionen Euro teuren Zentrums ist für unsere Fraktion ein ganz besonderes Ereignis.

Bundesförderung gemäß § 96 BVFG fast verdreifacht

Es ist unserer Gruppe gelungen, die Haushaltspolitiker des Bundestages zu überzeugen, kontinuierlich in diesen Politikbereich zu investieren. So konnten die Bundesmittel gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz seit Regierungsübernahme 2005 in Höhe von 12,5 Millionen Euro auf über 31 Millionen Euro in 2021 fast verdreifacht werden.



Foto: Eckhard Pols

Eckhard Pols

Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

DRK-Suchdienst bis 2025 verlängert

Auf Initiative der Gruppe konnte die humanitäre Arbeit des DRK-Suchdienstes bis 2025 verlängert werden, der noch immer 10.000 Anfragen pro Jahr erhält.

Politikbereich im Regierungsprogramm verankert

Mit vereinten Kräften konnte unsere Gruppe erreichen, dass im Regierungsprogramm der Union dieser Politikbereich erstmals mit einem eigenen Absatz verankert wird. Zu den Kernforderungen gehört die Zusammenführung der Bundesförderung in einem Ressort und die Stärkung des Amtes des Bundesbeauftragten für Aussiedler und nationale Minderheiten durch eine exponierte Stellung innerhalb der nächsten Bundesregierung.

Ihr



Inhalt

| | |
|---|----|
| Fraktionskongress der Gruppe | 3 |
| Arnulf Baring - ein bedeutender Historiker und großer Deutscher | 4 |
| Eröffnung des Dokumentationszentrums zu Flucht und Vertreibung | 5 |
| Gedenktag 2021 für die Opfer von Flucht und Vertreibung | 9 |
| Regierungsprogramm der Union | 13 |
| Änderung des Fremdrengengesetzes | 14 |
| Fraktionsveranstaltung in Hamburg | 15 |
| Bundesförderung nach § 96 BVFG auf Rekordniveau | 16 |
| Plenardebatte zur Kulturarbeit des Bundes gemäß § 96 BVFG | 17 |
| Aufbau eines Ostpreußen- und Deutschbaltischen Archivs | 22 |
| Vorstandssitzung mit der Kanzlerin | 23 |
| Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg | 23 |
| Lobby der Heimatpolitik im Bundestag | 24 |
| Gruppe besucht Geschäftsstellen der Heimatvertriebenen | 27 |

Impressum

Herausgeber
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB

Eckhard Pols MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Sven Oole
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der 19. Legislatur neu aufgestellt

Mitgliederzahl und Vorstand verdoppelt – Starkes Signal der Union an wichtige Bevölkerungsgruppen



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU / C S U - Fraktion im Deutschen Bundestag hat am 9. April 2019 die Mitgliederzahl aktualisiert und den Vorstand erweitert. Dazu erklärt der Sprecher der Gruppe Eckhard Pols:

„Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten hat sich neu aufgestellt: Wir haben sowohl unsere Mitgliederzahl als auch unseren Vorstand verdoppelt. Mit aktuell 70 Mitgliedern ist die Gruppe eine der größten Arbeitseinheiten der Fraktion, darunter viele junge Abgeordnete mit familiären Bezug zu unserem Politikbereich.

Für den nun sechsköpfigen Vorstand konnten wir Philipp Amthor, Mitglied im Bundesvorstand der OMV, Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär und Chef der NRW-Landesgruppe, sowie Klaus-Peter Willsch, Sprecher des Berliner Kreises, gewinnen.

Erster Stellvertreter ist Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Weitere Stellvertreter sind Peter Beyer, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit, und Obfrau Silke Launert.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt damit zum Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen ein starkes Signal: Wir sind jetzt schlagkräftig, um uns mit voller Kraft für die Anliegen der wichtigen Bevölkerungsgruppen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten einzusetzen.“

Hintergrund:

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die einzige Fraktion, die seit Bestehen der Bundesrepublik zur Kriegsfolgenbewältigung eine soziologische Gruppe eingerichtet hat, die sich für die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit und ihren östlichen Nachbarn einsetzt.

Damit erkennt die CDU/CSU-Fraktion nach wie vor das Kriegsfolgeschicksal an, aus dem sich eine Einheit aus Heimatvertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergibt.

Bilanz der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik

Fraktionskongress der Gruppe als digitale Veranstaltung



Foto: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eckhard Pols

Der Fraktionskongress der Gruppe zum Ende der Legislaturperiode, auf dem eine Bilanz der parlamentarischen Arbeit gezogen wurde, ist kurz vor der Spmmerpause als digitale Veranstaltung durchgeführt worden. Unter den über 100 Teilnehmern waren namhafte Exptern wie Prof. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, oder Thomas Heilmann MdB, Autor des Buches "NEUSTAAT. Politik und Staat müssen sich ändern".

Schwerpunktthema war die Aufnahme der Aussiedler und Heimatvertriebenen, die innerhalb der Kriegsfolgenbewältigung der Bundesrepublik eine Sonderstellung einnimmt.

Die Integration von über 16 Millionen Deutschen stellt eine der größten Leistungen der Nachkriegsgeschichte dar. Dabei war das Lastenausgleichsgesetz von zentraler Bedeutung, das sich zu einem umfassenden Eingliederungs- und Entschädigungsprogramm entwickelte. Das Bundesausgleichsamt existiert bis heute.

In seiner Begrüßung bezeichnete Eckhard Pols, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, das neu eröffnete „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin als „Meilenstein der Erinnerungskultur“. Es sei ein wichtiger Verdienst der Gruppe, dass der Schwerpunkt der dortigen Dauerausstellung

auf der Vertreibung und Integration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg liege. Pols stellte klar: „Endlich gibt es einen zentralen Ort für das Gedenken an das Schicksal dieser Menschen.“

Thorsten Frei, Stellvertretender Vorsitzender Unionsfraktion, erläuterte, dass die „erfolgreiche Integration der Millionen Heimatvertriebenen und Aussiedler eine der größten Leistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte“ darstelle. Es läge, so der Fraktionsvize weiter, „im nationalen Interesse Deutschlands, dass nationale Minderheiten ihre Brücken- und Mittlerfunktion“ auch weiterhin wahrnehmen könnten. Die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik ist für Frei „einer der Markkerne der Unionsfraktion“.



Foto: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Angela Merkel

In seinem Grußwort betonte Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass es in dem thematischen Bereich des Fachgesprächs im Grunde genommen drei Gruppen mit ganz eigener Schwerpunktsetzung gebe. Erstens, wären da die Aussiedler – bei ihnen, so Brinkhaus, „beschäftigt uns vor allem die soziale Frage für die Älteren“. Die Vertriebenen repräsentierten den zweiten Bereich, da beeindruckte ihn „das Durchhaltevermögen, die kulturelle Erinnerungsgeschichte in allen Höhen und Tiefen weiterzutragen“. Für die nationalen Minderheiten, die dritte thematisierte Gruppe, erhofft sich



Foto: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ralph Brinkhaus

Brinkhaus aus diesem Fachgespräch Impulse, die in der kommenden Legislaturperiode aufgegriffen werden können.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sandte eine Videogrußbotschaft zu dem Fachgespräch. Darin erklärte sie: „Das Engagement für Aussiedler und Vertriebenen ist fester Bestandteil unserer Erinnerungskultur und Heimatpolitik.“ Die Regierungschefin betonte zudem die politische Bedeutung der Aussiedler: „Viele Heimatvertriebenen und ihre Familien sind gemeinsam mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa wichtige Partner in unserem unablässigen Bemühen um ein friedliches Miteinander in Europa“, so Merkel.

Bernd Fabritius, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, stellte klar, dass der Begriff „Heimat“ in der „gesellschaftlichen Debatte eine neue Dimension“ erfahre, was sich zudem in dem Anliegen der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen und urbanen Räumen widerspiegeln. Beim Anliegen der Aussiedler aber gehe es um noch mehr, nämlich „die Stärkung der kulturellen Identität“. Auch für Fabritius gehört „das Engagement in der Vertriebenenpolitik unverkennbar zum Profil von CDU und CSU“.

Arnulf Baring - ein bedeutender Historiker und großer Deutscher

Lehren des Praeceptor Germaniae gelten bis heute - Blick nach Osten richten



Foto: DPA

Arnulf Baring

Am 2. März 2019 starb der bedeutende Historiker und Publizist Arnulf Baring. Dazu erklärt der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und

deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Arnulf Baring hat in seiner fast 30-jährigen Schaffenszeit als Professor für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin bis heute gültige Standardwerke geschrieben.

Sein hohes Ansehen gründete auf den gründlichen Analysen etwa der Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers („Im Anfang war Adenauer“) oder der neuen Ostpolitik in der Ära Brandt-Scheel (Bestseller „Machtwechsel“). Baring zählt damit zu den maßgebenden Chronisten der Bundesrepublik. Arnulf Baring hat darüber hinaus die aktuelle politische Entwicklung der Bundesrepublik mit seinem immen-

sen publizistischen Wirken stets kritisch – mitunter provokant – begleitet und wurde dadurch zum bekanntesten deutschen Historiker.

Dabei trat Baring, der 1945 den Dresdner Feuersturm überlebt hatte, entschieden für ein demokratisch verfasstes Deutschland ein. Mit der Wiedervereinigung war das mögliche Scheitern der Berliner Republik sein unermüdlicher Antrieb, auf die bislang – insbesondere von der Politik – nicht verinnerlichte neue alte Mittelwege in Europa und notwendige Strukturereformen aufmerksam zu machen, damit der deutsche Staat inneren wie äußeren Krisen gewachsen ist.

Der Konservative Arnulf Baring wurde mit seinen grundlegenden Betrachtungen über den Zustand unserer Nation zum, so etwa der SPIEGEL, Praeceptor Germaniae. Aufgrund seiner hervorragenden Leistungen für das Gemeinwesen wurde ihm schließlich 2011 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Sein eindringlicher Appell an uns Parlamentarier zu offenem Vordenken, die wirklichen Probleme des Landes anzugehen und Führungsbereitschaft neu herauszubilden, hallt nach.

Noch 2014 mahnte Baring auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen, den Blick nach Osten zu richten. Es sei die historische Aufgabe Deutschlands, auf die außerordentliche Sorge der östlichen Nachbarn zu reagieren, wieder unter russische Vormacht zu fallen. Nur vier Jahre später sind ausgerechnet auf dem Gebiet des ehemaligen Königsbergs atomar bestückbare Raketen mit einer Reichweite bis nach Berlin stationiert worden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag würdigt Arnulf Baring als einen bedeutenden Geisteswissenschaftler und herausragenden Verfechter der Republik: Der Patriot Arnulf Baring gehört zu den großen Deutschen. Seinem Andenken verpflichten wir uns und unser tiefes Beileid gilt seiner Familie.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Bundesarchiv, Nachlassverwalter der Unterlagen des Historikers Baring, eine vollständige Dokumentation seiner publizistischen Werke, insbesondere die Berichte seiner legendären Exkursionen in die versunkenen Landschaften Schlesiens oder Böhmens, erstellt.“

Sven Oole ist neuer Geschäftsführer der Gruppe



Foto: Sven Oole

Sven Oole

Seit 1. Januar 2019 ist Sven Oole neuer Geschäftsführer der Gruppe. Er folgt auf Dr. Alexander Vollmert, der 2014 bis 2018 Referent der Gruppe war und wieder

in das Familienunternehmen zurück-

gekehrt ist. Für ein kurzes Interim sprang Referent Jörn Hinze aus der AG Innen der Fraktion ein.

Oole ist mit dem Aufgabenfeld bestens vertraut, da er bereits von 2009 bis 2014 für die Gruppe tätig und dort an maßgeblichen Vorhaben wie der Einführung des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung beteiligt gewesen ist. Zudem konnte Oole wertvolle Erfahrungen

aus seiner fünfjährigen Tätigkeit als Leiter Management und Kommunikation bei der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung einbringen. Oole hat Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaften an den Universitäten Göttingen und der FU Berlin studiert, wo er Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen von Prof. Arnulf Baring war.

Einmaliges Zentrum gibt Aufarbeitung neuen Impuls

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist Meilenstein der Erinnerungspolitik



Foto: BYSA

Eckhard Pols

Das neue Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung im Berliner Deutschlandhaus wurde am 21. Juni 2021 unter Beteiligung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel feierlich eröffnet. Dazu erklären der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols, und der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Stephan Mayer:

Eckhard Pols: „Das eindrucksvolle und 75 Millionen Euro teure Dokumentationszentrum ist ein Meilenstein der deutschen Erinnerungspolitik. Endlich gibt es für die Heimatvertriebenen und ihre Angehörigen mitten in der Hauptstadt einen würdigen Ort, in dem an ihr millionenfaches Schicksal erinnert und gesamtgesellschaftlich anerkannt wird.“

Das einmalige Zentrum widmet sich nicht nur schwerpunktmäßig der Aufarbeitung der Flüchtlingsschicksale der rund 14 Millionen Deutschen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat in Ost- oder Südosteuropa vertrieben wurden oder vorher geflohen waren. Das Besondere an dem Konzept des Zentrums ist

die Betrachtung der Zwangsmigration aus unterschiedlichen Blickwinkeln, weshalb hier ein Panorama der europäischen Geschichte der Zwangsmigration entsteht.

Hier wird auf dem Boden der wissenschaftlich orientierten Dauerausstellung die Vergangenheit aufgearbeitet werden, hier wird man sich jeglichen Polarisierungen und Relativierungen entgegenstellen, hier wird man die Möglichkeit zum nüchternen Austausch unter Wahrung des gegenseitigen Respekts haben.

Die Dokumentationsstätte gibt der

Stephan Mayer: „Für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die Eröffnung des Dokumentationszentrums ein ganz besonderer Moment. Denn hinter uns liegen zwölf Jahre harter Arbeit im Stiftungsrat, in denen wir uns trotz erheblicher Widerstände und heftiger Kontroversen erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass der Schwerpunkt der



Foto: Tobias Koch-SA

Stephan Mayer

Dauerausstellung auf Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen liegt. Weil wir immer davon überzeugt waren, dass nur dann diese Einrichtung zur Versöhnung der Deutschen mit sich selbst und, das ist mir als Enkel von Sudentendeutschen wichtig, auch mit unseren östlichen Nachbarn beitragen kann. Ein Verschweigen des Massensterbens und der Vertreibungsverbrechen, wie es die politische Linke laut dem früheren Bundesinnenminister Otto Schily lange getan hat, trägt eben nicht zur Aussöhnung bei. Hierzu dient der von den Kirchen vorgeschlagene 'Raum der Stille', damit auch Angehörige von Vertriebenen ihrer an unbekanntem Ort verstorbenen Familienmitglieder gedenken können.“



Foto: Markus Gröteke, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Blick vom Foyer des Deutschlandhauses in das erste Obergeschoss

Aufarbeitung dieses letzten Kapitels des Zweiten Weltkrieges einen neuen, entscheidenden Impuls. Wir als Unionsfraktion haben uns jahrelang und gegen vehemente Missbilligung für diesen zentralen Erinnerungsort sowie für den nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni eingesetzt – mit sichtbarem Erfolg.“

brechen, wie es die politische Linke laut dem früheren Bundesinnenminister Otto Schily lange getan hat, trägt eben nicht zur Aussöhnung bei. Hierzu dient der von den Kirchen vorgeschlagene 'Raum der Stille', damit auch Angehörige von Vertriebenen ihrer an unbekanntem Ort verstorbenen Familienmitglieder gedenken können.“

Ein sichtbares Zeichen für alle Heimatvertriebenen ist der erste offizielle Besucher nach dem Festakt: Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, der in der Ausstellung auf ein Zeugnis ‚menschlicher Größe, christlicher Humanität und politischer Weitsicht‘ stoßen wird – die Charta der Heimatvertriebenen, welche er im letzten Jahr als einen der Grundsteine

der Demokratie in Deutschland gelobt hat.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich weiter entschlossen dafür einsetzen, dass der Stiftungsauftrag auch im Wirkbetrieb des Dokumentationszentrums eins zu eins erfüllt und die dafür notwendige

Infrastruktur wie ein dauerhaftes Depot bereitgestellt wird.

Wir wollen das Berliner Deutschlandhaus als einzigartiges Dokumentations-, Bildungs- und Forschungszentrum etwa durch den Einzug weiterer nach Bundesvertriebenengesetz geförderter Bundeseinrichtungen ausbauen.“

Union bekräftigt Gestaltungswillen in der Erinnerungspolitik

Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin als einzigartiges Dokumentationszentrum ausbauen



Foto: CDU/Jan Kopetzky

Thorsten Frei und Eckhard Pols

Der Deutsche Bundestag debattierte am 25. Juni 2021 den aktuellen Bericht der Bundesregierung zu den Fördermaßnahmen gemäß Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Dazu erklärten Thorsten Frei, der für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten zuständige Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Eckhard Pols, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten:

Thorsten Frei: „Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bekräftigt mit der heutigen Kernzeitdebatte zu den Fördermaßnahmen des Bundes nach BVFG ihren beharrlichen Gestaltungswillen in der Erinnerungspolitik und die Bedeutung des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa.

Es ist uns gelungen, seit der Regierungsübernahme 2005 die Fördermittel des Bundes von damals 12 Mio. Euro auf jetzt 31 Mio. Euro fast zu verdreifachen und damit die von Rot-Grün vollzogenen massiven Kürzun-

gen vergessen zu machen. Damit konnte eine beispiellose Modernisierung der bundesweiten Einrichtungen wie dem Westpreußischen Landesmuseum bei Münster oder dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg mit komplett neuen Dauer- ausstellungen auf den Weg gebracht werden.

Trotzdem sehen wir mit Blick auf den jährlichen Etat eines großstädtischen Staats- oder Stadttheaters und angesichts von vielen Millionen Deutschen mit Vertriebenen hintergrund und mehr als drei Millionen (Spät-) Aussiedlern weiter Luft nach oben, um die historischen deutschen Ostge-

biete im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes erhalten zu können. Damit dieser Kurs fortgesetzt wird, haben wir erreicht, dass im Regierungsprogramm der Union diesem Politikbereich ein eigener Absatz gewidmet ist.

Unsere Kernforderung: Das Amt des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten muss durch eine exponierte Stellung in der Bundesregierung gestärkt und die Bundesförderung nach § 96 BVFG wieder in einem Ressort zusammengeführt werden. Notwendig wäre auch eine spürbare Stärkung der Hilfspolitik für die deutschen Minderheiten in den 27



Foto: Markus Gröteke, Stiftung Ficuht, Vertriebung, Versöhnung

Blick in die Ständige Ausstellung im zweiten Obergeschoss

Staaten Europas und Zentralasiens. Sie sind durch ihre Brückenfunktion von unschätzbarem Wert, wenn es um Dialog, Frieden und deutsche Interessen in unserer Nachbarschaft geht.“

Eckhard Pols: „Unsere soziologische Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die seit 1949 besteht, hat sich eben nicht zu einem parlamentarischen Fossil, sondern zu einem neuen Impulsgeber der deutschen Erinnerungspolitik entwickelt. So ist das 75 Mio. Euro teure Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung rechtzeitig zum Ende der Legislatur fertig geworden, dessen Eröffnung als Ort des lebendigen Ge-

dächnisses und Teil einer neuen Erinnerungslandschaft bundesweit eine positive Resonanz erfuhr. Der Vorsitzende der Gruppe und sein erster Stellvertreter sind qua Amt Stiftungsratsmitglieder und wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Schwerpunkt der Dauerausstellung auf Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen liegt.

Das ist aber erst der Anfang. Wir wollen das Berliner Deutschlandhaus als einzigartiges Dokumentations-, Bildungs- und Forschungszentrum, etwa durch den Einzug weiterer nach Bundesvertriebenengesetz geförderter Bundeseinrichtungen – gerade für die jüngeren Generationen –, ausbauen.

Die Union hält am Postulat des ehemaligen Bundespräsidenten und Christdemokraten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1945 fest: Wir müssen der historischen Wahrheit ins Auge sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit. Die historische Wahrheit ist allerdings heute in Gefahr. Unsere Fraktion beobachtet mit großer Sorge, dass die Erinnerungskultur und Deutung des Zweiten Weltkrieges widersprüchlicher, ja umstrittener ist denn je. Darauf werden wir reagieren und die Leitlinien unserer Geschichtspolitik ausrichten.“

Foto: Markus Gröteke, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung



Das sanierte und umgebaute Deutschlandhaus



Blick in die Bibliothek und den Lesesaal

Foto: Markus Gröteke, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Foto: Markus Gröteke, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung



Blick in die Ständige Ausstellung im ersten Obergeschoss



Der Raum der Stille

Foto: Markus Gröteke, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Weiterer Meilenstein der Erinnerungskultur Dokumentations- und Bildungszentrum zur Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges findet breite Mehrheit



Foto: privat

Gitta Connemann

Zum Beschluss des Koalitionsantrags „Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges stärken und bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus anerkennen“ am 9. Oktober 2020 erklären die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann, und der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten, Eckhard Pols:

Gitta Connemann: „Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag unserem Antrag zugestimmt. Der Beschluss, ein Dokumentations- und Bildungszentrum Zweiter Weltkrieg zu errichten, ist ein Meilenstein. Das Konzept soll von einer Arbeitsgruppe von Fachleuten erarbeitet werden – ohne politische Beteiligung. Wir brauchen Zeitzeugnisse. Denn die Zeitzeugen sterben und somit verblassen allmählich die Erinnerungen an die Folgen des deutschen Vernichtungs-

kriegs. Wer weiß heute noch, wie groß Zerstörung und Elend im Zweiten Weltkrieg waren? Deshalb brauchen wir ein solches Zentrum – um nicht zu vergessen, aber auch um zu lernen. Wir müssen Geschichte und die Geschichten von Menschen verstehen. Die der Opfer, aber auch der Menschen, die zu Tätern wurden. Welche Lehren ziehen wir daraus? Die Geschichte zeigt: Menschen tragen beides in sich – Täter und Opfer. Wir entscheiden. Und damit auch über Gegenwart und Zukunft. Aber dafür müssen wir die Strukturen und Hintergründe kennen. Denn Wissen ermöglicht Haltung. Mit dem heutigen Beschluss haben wir hierzu den Weg geebnet.“

Eckhard Pols: „Der mit breiter Mehrheit gefasste Beschluss zur Errichtung eines Dokumentationszentrums zur weiteren Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges ist ein großer Verdienst der Kultur- und Vertriebenenpolitiker der Koalition. Dabei ist mit der Legendenbildung aufzuräumen, dass erst ein sogenannter Kompromiss zweier vom Bund geförderter Einrichtungen Bewegung in das geplante Gedenkvorhaben gebracht habe.

Die Union hält am Postulat des ehemaligen Bundespräsidenten und Christdemokraten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8.

Mai 1945 fest: ‚Wir müssen der historischen Wahrheit ins Auge sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.‘ Die historische Wahrheit ist allerdings heute in Gefahr. Unsere Fraktion beobachtet mit großer Sorge, dass die Erinnerungskultur und Deutung des Zweiten Weltkrieges widersprüchlicher, ja umstrittener ist denn je.

Deshalb finden sich die Leitlinien unserer Geschichtspolitik im Antrag klar wieder. So darf der neue Ort des Gedenkens keine Konkurrenz zu bestehenden Gedenkeinrichtungen erzeugen. Dies ist uns sehr wichtig, denn lange und letztlich erfolgreich haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen anerkannt wird.“



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Erfahrungsaustausch mit den Vertriebenenverbänden Bundesinnenministerium knüpft an langer Tradition an



Foto: Foto: BcV/Marc-P. Halatsch

Teilnehmer am Gespräch mit den Vertriebenenverbänden

Das Bundesinnenministerium hat eine lange Tradition im Umgang mit den Vertriebenenverbänden, an die es im Januar 2020 anknüpfte und zu einem offenen Dialog einlud. Mit der Abteilung Heimat hat Heimatpolitik einen neuen Stellenwert in der Bundesregierung erhalten. Eckpfeiler dieser Politik ist die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der strukturschwachen Regionen. Aussiedler- und Vertriebenenpolitik sowie das Kriegsfolgenrecht sind seit jeher Themen der Gesellschafts- und Innenpolitik.

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Prof. Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, erinnert in seiner Rede an Ereignisse 1945

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Seehofer,
sehr geehrte Frau Hasselfeldt,
sehr geehrter Herr Prälat Dr. Jüsten,
liebe Landsleute,
meine Damen und Herren,

durch Flucht und Vertreibung leiden und sterben Menschen, es sind schmerzhaft und tragische Einzelschicksale und es sind in ihrer Summe kollektive Biografien, die über ganze Generationen hinweg von dem erlebten Trauma geprägt sind. Das darf sich nicht immer und immer wiederholen!

Wir müssen uns an vergangenes und gegenwärtiges Leid erinnern und wir müssen unseren Anspruch auf Menschlichkeit formulieren und in Gegenwart und Zukunft durchsetzen.

Ethnische Säuberungen, Flucht und Vertreibung töten Menschen physisch.

Flucht und Vertreibung können aber auch die Seele töten – dann, wenn ein Ausmaß an Grausamkeit erreicht wird, welches das Heilungsvermögen der Natur übersteigt. Das Sterben an Leib und Seele ist auch bei der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus ihren angestammten Heimatgebieten in Mittel- und Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg allgegenwärtig.

In seinen Erinnerungen erzählt ein Mann aus Osterode in Ostpreußen, was er als 10-jähriger Junge im Januar 1945 auf der Flucht vor der Roten Armee erlebte. Er schreibt:

„Nachdem wir gerade auf der Frischen Nehrung festen Grund unter den Füßen hatten, setzte hinter uns verstärkt

ses eine willkommene Gelegenheit, den Hunger zu stillen.“

Der Zeitzeuge schildert seine Erinnerungen an das folgende Hungerstillen und schreibt weiter:

„Der nächste Morgen war schrecklich. Überall sah man an Bäume angelehnte Menschen, die vor Müdigkeit und

Erschöpfung eingeschlafen und erfroren waren. Intensiv eingepägt hat sich in mich das Bild eines toten Mädchens, vielleicht 10 bis 11 Jahre. Sie lag tot quer über dem Fußpfad. Alle stiegen über das tote Mädchen hinweg. Keiner erbarmte sich, das tote Kind zur Seite zu ziehen. So abgestumpft waren die Menschen wohl. Dieses Bild werde ich in meinem Leben nicht mehr vergessen.“

Soweit der Bericht des Zeitzeugen.

Was geschieht in der Seele eines Kindes, das auf der Flucht über den erfrorenen leblosen Körper eines gleichaltrigen Kindes hinwegsteigen muss? Wie heilt man solche Wunden bei denen, die überlebt haben?

Wie viel Empathie und Hilfsbereitschaft konnte unsere Gesellschaft für die Millionen flüchtenden und

vertriebenen Landsleute aus den deutschen Ostgebieten aufbringen, wenn sie selbst – wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – ausgebombt und am Rande der Existenz zu funktionieren und zu überleben versuchte?

Wie viel Mitgefühl mit eigenen Opfern war möglich, da doch die Abscheulichkeit der Verbrechen in die-



Foto: Bund der Vertriebenen

Bernd Fabritius

Tieffliegerangriff auf dem Eis ein. Es wurden Flüchtlingswagen getroffen. Viele Fahrzeuge versanken ‚mit Mann und Maus‘ in diesen Löchern. Es klingen noch heute die Todesschreie der Menschen in meinen Ohren. Zu Fuß ging es auf der Frischen Nehrung weiter. Am Wegesrand lagen viele krepierete Pferde. Aus ihren Körpern waren große Fleischstücke geschnitten. Die Menschen hungerten, so war die-

sem grausamen, von Nazi-Deutschland ausgehenden Krieg langsam in den Köpfen der Menschen ankam?

Für die Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen aus den Ostgebieten waren die Nachkriegsjahre umso leidvoller, als der Triumph des Überlebens von der bitteren Not des Alltags schnell verdrängt wurde. Und doch gab es auch zu jener Zeit Anker der Zuversicht und Lichtblicke der Hoffnung in den geschundenen Seelen.

Tieffliegerangriff auf dem Eis

Die Zuversicht speiste sich aus dem althergebrachten tiefen Glauben an Gott und seine Wirkmacht. Die Lichtblicke der Hoffnung aber gründeten auch auf der inneren Überzeugung der Überlebenden, die in der Charta der Heimatvertriebenen bereits im August 1950, noch unter dem direkten Eindruck des Erlebten ihren Niederschlag fand und zu der heute und in aller Zukunft weitertelnden Richtschnur aller Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie ihrer noch in den Heimatgebieten lebenden Landsleuten wurde: Das unbedingte Wollen zur Mitwirkung an einem in Frieden und Freiheit zusammenlebenden Europa, die Durchbrechung des unseligen Kreislaufs von Menschenverbrechen, den Kreislauf von Rache und Vergeltung.

Es war diese Hoffnung aus der gereichten Hand und die tiefe Hoffnung, dass diese Hand auch angenommen würde und so endlich wieder Licht in das Dunkel der Welt Einzug finde!

Licht ins Dunkel des eigenen Lebens brachten damals – und bis heute –

auch die Arbeit und so manche Erfolgsmeldungen der Suchdienste der Kirchen und des Deutschen Roten Kreuzes. Der Dienst an den hilfsbedürftigen Menschen – damals und heute –, von großen Einsätzen bis zu den kleinen Einzelhilfen als Geste der Menschlichkeit – oft jenseits der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit und viel zu selten angemessen gewürdigt – ist es, der Leid lindert!

„Das Leid von Kriegsoffern zu lindern, gehört zu den originären humanitären Hilfeleistungen des Deutschen Roten Kreuzes“, sagte anlässlich des 50-jährigen Jubiläums unseres Verbands der damalige DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters mit Verweis auf die Vertriebenen. Die verlorene Mutter, den verschollenen Vater wiederzufinden war ebenfalls die Hoffnung jener Zeit!

Der Bund der Vertriebenen hat im Jahr 2002 den Kirchlichen Suchdienst und den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes mit seiner höchsten Auszeichnung, der Ehrenplakette, geehrt.

Meine Damen und Herren,

das Gedenken und Erinnern an die Opfer von Flucht und Vertreibung geht zwangsläufig einher mit dem Erinnern an das Unrecht, das rund 15 Millionen Deutschen in den historischen deutschen Ostgebieten widerfahren ist.

Bitte erlauben Sie mir, wie jedes Jahr an dieser Stelle, an diese Menschen und ihre Heimatgebiete zu erinnern, an

- Ostpreußen, Westpreußen, Danzig und das Baltikum,
- an Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg,

- an das Sudetenland, den Karpaten- und den Donauraum,
- sowie die deutsch besiedelten Gebiete Russlands und der Ukraine.

Die Vertriebenen verloren ihre Heimat und nicht selten ihr Leben; sie verloren Familie, Freunde, Nachbarn; viele verloren den Glauben an die Mitmenschlichkeit.

Meine Damen und Herren,

im Namen der Überlebenden und in Erinnerung an die Opfer empfinde ich Dankbarkeit dafür, dass dieser 20. Juni Jahr für Jahr ein gesamtgesellschaftliches Gedenken ermöglicht.

Ich empfinde Dankbarkeit dafür, dass wir morgen in Anwesenheit unserer Bundeskanzlerin das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit seiner Dauerausstellung zur Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin eröffnen und auch dieses Thema so in seinem historischen und zeitlichen Kontext aus dem Schatten der Erinnerung hervorholen und in den Blickpunkt der gesamten Öffentlichkeit stellen.

Leid von Kriegsoffern lindern

Wir wollen nie vergessen: Jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und mit welcher Begründung – ist immer ein Verbrechen!

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, mahnt in Ansprache, Vertreibungen international zu ächten

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Bundesinnenminister,
Herr Prälat Jüsten,
Lieber Bernd Fabritius,

Flucht und Vertreibung waren und sind immer verbunden mit unermesslichem menschlichem Leid. Es ist unsere humanitäre Verantwortung, ja unsere Verpflichtung, dieses Leid zu lindern und gleichzeitig auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu reduzieren bzw. zu verhindern. Dafür ist es notwendig, die Erinnerung wachzuhalten – wie wir es heute tun.

Die unfassbaren Verbrechen, die im Dritten Reich begangen wurden, sowie die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs mit Millionen von Toten und Vertriebenen dürfen wir nicht vergessen. Dem dient auch das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung und Versöhnung, das morgen eröffnet wird. Es ist eine Erinnerungsstätte nicht nur für Heimatvertriebene, sondern muss auch eine Erinnerungsstätte für uns alle, für die gesamte Gesellschaft sein.

Über zwölf Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener sowie mehrere Millionen sog. „Displaced Persons“, also vor allem Zwangsarbeiter im Dritten Reich sowie Kriegsgefangene und Überlebende der Konzentrationslager, mussten nach dem Ende des Krieges eine neue Heimat finden oder repatriert werden.

Unzählige Familien waren auseinandergerissen. Anfang 1946 sind in Deutschland rund 300 000 Fälle registriert, in denen Mütter ihre vermissten Kinder suchen oder umgekehrt die Angehörigen von verlassen aufgefundenen Kindern ermittelt werden sollen.

Übung dieses Mandats erfahren wir tagtäglich vom unermesslichen Leid der Menschen, die weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung wurden und immer noch werden. Zu unseren Aufgaben gehört auch die Suche nach Vermissten und die Zusammenführung von durch Krieg und Vertreibung getrennter Familien.



Foto: BMI

Gerda Hasselfeldt

Über die Hälfte der betroffenen Kinder ist zu diesem Zeitpunkt jünger als sechs Jahre. Sie haben nur lückenhafte Kenntnisse über ihre Herkunft, wissen oft ihren Familiennamen nicht, manche nicht einmal ihren Vornamen.

Das Leid von Kriegsoffern zu lindern, gehört zu den originären humanitären Aufgaben der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. In der Aus-

So waren es denn auch die vielen Menschen aus Ost- und Südosteuropa, die in Richtung Westen flohen oder nach Kriegsende vertrieben wurden, die zur Neugründung des Suchdienstes des DRK im Mai 1945 führten. Dadurch wurden in den Nachkriegsjahren mehrere Millionen Menschen wieder miteinander in Verbindung gebracht und Hunderttausende von getrennten Familien wieder zusammengeführt.

In den Protokollen des Kindersuchdienstes finden sich unzählige Schilderungen von bewegenden Schicksalen wie dieses:

„Die russischen Soldaten nahmen der Mutter das zweijährige Kind vom Arm, setzten es in den Schnee zu ihrem elfjäh-

rigen Bruder und überließen beide Kinder ihrem Schicksal. Vier Tage und vier Nächte warteten sie bei strenger Kälte vergeblich auf die Rückkehr ihrer Mutter. Dann schlossen sie sich einem Treck nach Westen an. Eine Frau mit drei Kindern nahm sich ihrer an. Von ihrer Mutter haben sie nie wieder etwas gehört. Ihr Vater war im Polenfeldzug gefallen oder verstorben.“

Individuelle mündliche Berichte machen die Schicksale von Flüchtlingen und Vertriebenen nachvollziehbarer. Jedes einzelne davon geht zu Herzen, betreffen sie doch die hilflosesten Opfer des Krieges. Solange noch Zeitzeugen unter uns sind, sollten wir ihnen aufmerksam zuhören, um so das Leid der Menschen, die weltweit von Flucht und Vertreibung betroffen sind, besser verstehen zu können.

Das Schicksal der Vertriebenen hat das Deutschland der Nachkriegszeit dauerhaft geprägt. Ende 1949 stellten Flüchtlinge und Vertriebene 16,5% der Bevölkerung der Bundesrepublik. Fast jeder siebte Einwohner hatte seine Heimat verloren. Diese Frauen und Männer trugen wesentlich zum Aufbau sowie zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität unseres Landes bei.

Sie haben ihr Selbstverständnis in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt. Mit diesem Verzicht auf Rache und Vergeltung, haben die deutschen Heimatvertriebenen einen historischen Beitrag zur Aussöhnung und zur Einigung Europas geleistet. Auch dessen sollten wir uns an einem Tag wie diesem bewusst sein.

Den Teufelskreis gegenseitigen Unrechts zu durchbrechen, ist das, was Menschen weltweit auch heute von den Regierenden erwarten.

Leider hat die internationale Staatengemeinschaft trotz der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkriegs nicht verhindern können, dass in vielen Ländern nach wie vor jedes Jahr Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Mitte 2020 waren es über 80 Millionen, und damit mehr als je zuvor. Im Vergleich zu 2010 ist dies eine Verdoppelung. Besonders bedrückend ist dabei, dass die Zahl der minderjährigen Flüchtlinge überproportional zugenommen hat. Das sind 80 Millionen menschliche Schicksale, verbunden mit Vertreibung, Enteignung und menschlichem Leid.

Die Minderung von Fluchtursachen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Es sind dies vor al-

lem Krieg, Konflikte, Not und Verfolgung, aber auch die Konsequenzen aus dem Klimawandel und der Umweltzerstörung spielen eine zunehmende Rolle. Dem muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen entgegengesetzt werden, das die Ursachen nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch in Transit- und Aufnahme-ländern angeht und die zunehmende Zahl von Binnenvertriebenen in den Blick nimmt. Eine von der Bundesregierung berufene Fachkommission hat dazu eine Fülle von Empfehlungen als Grundlage für künftige politische Entscheidungen erarbeitet. Diese schließen auch die europäische und die internationale Verantwortung ein.

Wie nach dem Zweiten Weltkrieg stehen Flucht und Vertreibung auch heute immer in engem Zusammenhang mit zerrissenen Familienbanden und dem dringenden Wunsch nach Wiederherstellung der Familieneinheit. Unseren Suchdienst erreichen jährlich Tausende Suchanfragen im Zusammenhang mit den bewaffneten Konflikten in Syrien, Afghanistan, dem Irak und den vielen Konfliktregionen Afrikas sowie Bitten um Unterstützung bei der Familienzusammenführung.

Zu erfahren, ob ihre vermissten Angehörigen noch am Leben sind, und wenn ja, wo sie sind und wie es ihnen geht, ist für die getrennten Familien von existentieller Bedeutung und kann helfen, ihren großen Trennungsschmerz zu lindern. Das unbeschreibliche Elend Millionen vertriebener Menschen kann es jedoch nicht aus der Welt schaffen.

So wie es die Geschichte von Karim und Leyla zeigt: Zwei Geschwisterkinder – er 15 und seine kleine Schwester 10 Jahre alt, die mit ihren Eltern in Syrien lebten. Der Vater war Journalist, die Mutter arbeitete in einem Krankenhaus.

Doch dann begann der Krieg. Die kritische Berichterstattung des Vaters führte zu seiner Verhaftung. Er wurde gefoltert. Nur durch Beziehungen und Bestechung kam er wieder frei. Doch die Front rückte ihrem Viertel immer

näher. Sie wussten, dass sie fliehen mussten. Schweren Herzens beschloss die Familie, der Vater solle den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer wagen, um für die Familie eine sichere Zuflucht in Europa zu finden.

Ihm gelang die Flucht nach Europa, jedoch verging dabei viel kostbare Zeit. Sicherheitskräfte waren in der Zwischenzeit auf der Suche nach dem Mann zu ihnen nach Hause gekommen und hatten die Kinder vor den Augen der Mutter misshandelt.

Frau und Kinder verließen bei Nacht und Nebel das Haus, das am nächsten Tag gesprengt wurde. Sie waren zu obdachlosen Flüchtlingen geworden. Noch immer hatten sie keinen Termin bei der deutschen Botschaft im Libanon erhalten, um ihren Antrag auf Familienzusammenführung stellen zu können. Mit jedem Tag stieg die Gefahr, dass Frau und Kinder die Zeit bis zur Erteilung des Visums nicht unversehr überstehen würden. Der Mann verzweifelte in Sorge um die zurückgebliebene Familie.

Dieses Beispiel steht für viele ähnliche. Es ist unbestritten: Ungewissheit und Sorge sind Hindernisse bei der Integration. Sie verhindern jeden Versuch, eine neue Sprache zu erlernen, die Gesellschaft im neuen Land zu entdecken und seinen Platz darin zu finden.

Mit unserem gemeinsamen Gedenken an die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkriegs verknüpfe ich am heutigen Weltflüchtlingstag auch eine Hoffnung. Hoffnung darauf, dass das Leid der Vertriebenen als Folge der vielen bewaffneten Konflikte der Neuzeit weltweit mehr ins Bewusstsein rückt.

Hoffnung auf eine sachliche Debatte und auf mehr internationale Verantwortung und Zusammenarbeit bei der Reduzierung von Fluchtursachen.

Unser Ziel muss sein, Vertreibungen nicht nur weiterhin international zu ächten, sondern alles dafür zu tun, sie zu verhindern, und nicht als einen Dauerzustand hinzunehmen.

Heimat im Herzen, Heimat in Deutschland

Bundesinnenminister Seehofer würdigt Deutsche aus Russland



Foto: emst@erst-fotos.de

Teilnehmer am Forum im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Am 4. Juni 2019 eröffnete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Stephan Mayer, das Dialogforum mit Deutschen aus Russland. Das Forum fand unter dem Motto "Heimat im Herzen, Heimat in Deutschland" statt und bot Gästen aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur die Möglichkeit, sich über die außerordentliche Erfolgsgeschichte der Aufnahme und

Integration von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion auszutauschen. Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer: "Über 2,4 Millionen Deutsche kamen seit 1990 aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik. Sie sind schnell Teil unserer Gesellschaft geworden - das ist eine große Leistung, die ausdrückliche Anerkennung verdient. Aussiedler und

Spätaussiedler sind gleichzeitig aber auch Deutsche mit besonderer Geschichte, für die wir wegen ihres schweren Schicksals nach dem Zweiten Weltkrieg in besonderer Verantwortung stehen. Ihre bewegende Vergangenheit und reiche Kultur sind Bestandteil der deutschen und der gesamteuropäischen Geschichte."

Regierungsprogramm der Union gemeinsam beschlossen

Erstmals für Vertriebene und Aussiedler eigenen Absatz



Die Union verankert erstmals in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik mit einem eigenen Absatz. Wir dokumentieren die Forderungen:

- Wir werden den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssichere Förderung stärken. Nötig sind außerdem Akzente in Bildung und Forschung, um durch moderne Vermittlungsmethoden das Wissen hierüber zu festigen.
- An der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern werden wir festhalten und weiterhin Eingliederungshilfen leisten. Fremdverschuldeter Altersarmut und rentenrechtlichen Benachteiligungen bei Aussiedlern und Spätaussiedlern werden wir entschieden begegnen.
- Die deutschen Minderheiten und Volksgruppen in verschiedenen Ländern wollen wir weiterhin darin unterstützen, ihre Sprache und Kultur zu pflegen.
- Uns ist wichtig, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in einer exponierten Stellung in der Bundesregierung zu stärken.
- Die Bundesförderung zur Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach § 96 Bundesvertriebenenengesetz wollen wir als einen Ankerpunkt der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik stärken.

Rasche Änderung des Fremdrentengesetzes ist Frage sozialer Gerechtigkeit

Drohende Altersarmut bei Spätaussiedlern abwenden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Linkspartei haben Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgeworfen, die geplante Erhöhung der Hartz-IV-Sätze zu blockieren, um Verbesserungen bei den Renten für Spätaussiedler durchzusetzen. Dazu erklären Thorsten Frei, der für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten zuständige Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Eckhard Pols, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten:

Thorsten Frei: „Die Kritik des DGB und der Linken an Bundesinnenminister Horst Seehofer ist vollkommen überzogen und entspricht nicht den Tatsachen. Die Behauptung eines Online-Portals, der Minister habe die Hartz-IV-Anhebung mit seiner Forderung nach einem Renten-Härtefallfonds für Spätaussiedler verknüpft, ist falsch.“

Richtig ist, dass es großen Druck und riesigen Handlungsbedarf gibt. Die Gruppe der etwa 2,4 Millionen Spätaussiedler ist durch Kürzungen im Fremdrentengesetz in den 1990er Jahren heute massiv von Altersarmut bedroht. Umso unverständlicher ist, dass das zuständige Bundesarbeitsministerium eine Änderung des Gesetzes bisher abgelehnt hat. Die Novellierung des Fremdrentengesetzes ist jedoch eine mindestens genauso

wichtige soziale Notwendigkeit wie die Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze. Deshalb muss die von uns geforderte Novelle auf die Tagesordnung des nächsten Koalitionsausschusses gesetzt werden. Völlig verfehlt erachte ich es in diesem Fall, Leistungsempfänger und Rentenbezieher gegeneinander auszuspielen.“



Foto: CDU/jan.kopetzky

Thorsten Frei und Eckhard Pols

Eckhard Pols: „Die Arbeits- und Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die im Koalitionsvertrag vereinbarte Prüfung der Alterssicherung für Spätaussiedler vorgenommen und klaren Handlungsbedarf festgestellt.“

Dazu haben wir drei Änderungsvorschläge erarbeitet und dem Bundesarbeitsministerium übermittelt: Erstens eine Anhebung der durch das Fremdrentengesetz gedeckelten Ren-

ten für Spätaussiedler um fünf Entgeltpunkte, zweitens eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Anrechnung ausländischer Renten und drittens eine einmalig nachzuholende Gemeinsame Erklärung von Kindererziehungszeiten von den Eltern.

Da die Prüfungen des Bundesarbeitsministeriums seit Beginn der Legislaturperiode andauern und zu keinem Ergebnis geführt haben, sehen wir darin eine Diskriminierung der Bevölkerungsgruppe der über 2,4 Millionen Spätaussiedler.

Dabei wird vollkommen ausgeblendet, dass die Altersstruktur der nach Deutschland gekommenen Aussiedler sehr vorteilhaft war und aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung Spätaussiedler und deren Kinder in erheblichem Maße in das deutsche Rentensystem einzahlen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zur deutschen Verantwortung für das besondere Kriegsfolgeschicksal der Aussiedler und setzt sich weiterhin für die Aufnahme in Deutschland ein. In den letzten Jahren stieg die Zahl der eingereisten Spätaussiedler wieder an und lag 2019 bei mehr als 7.000 Menschen.“

Pioniergeist der Vertriebenen und Aussiedler – Zukunftsfrage für unser Land?

Fraktion setzt mit Veranstaltung in Hamburg wichtiges Zeichen



Foto: privat

v.l.: Christoph de Vries, Sven Oole, Eckhard Pols, Ralph Brinkhaus, Markus Weinberg

– Zukunftsfrage für unser Land?“ kamen knapp 200 Gäste in die Hochschule der Hamburger Wirtschaft. Hintergrund ist, dass über 12 Millionen Vertriebene und 4,5 Millionen Aussiedler, davon 2,4 Millionen Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, bis heute Aufnahme im Bundesgebiet fanden. Hamburg, das etwa 100.000 Vertriebene aufgenommen hat und wo ca. 80.000 Spätaussiedler leben, ist eine Hochburg dieser bevölkerungsstarken Gruppen.



Foto: privat

Eckhard Pols

Auf Einladung von Eckhard Pols und Christoph de Vries hat die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ihre erste auswärtige Veranstaltung „Treffpunkt Fraktion“ am 8. September 2019 in Hamburg durchgeführt.

Unter dem Motto „Pioniergeist der Vertriebenen und Aussiedler



Veranstaltungssaal in der Hochschule der Hamburger Wirtschaft

Foto: privat

haben. Dieser Pioniergeist, so Christoph de Vries, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Hamburg-Mitte, könnte Vorbild für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen sein.

Die Gruppe hatte für die Podiumsdiskussion die Vertreter aller hiesigen Verbände eingeladen: Dr. Otto Horst, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Willibald Piesch, Vorsitzender des Landes-



Foto: privat

Christoph de Vries

Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, würdigte deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration als eine der größten Leistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch Marcus Weinberg, Vorsitzender der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unterstrich, dass Vertriebene wie Aussiedler dabei nicht lamentiert, sondern angepackt und sich neue Existenzen aufgebaut



Foto: privat

Ralph Brinkhaus

verbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg, und Valentina Wassiljew, Vorsitzende des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland. Besonderer Gast war Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Eckhard Pols machte deutlich, dass Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die spätere Aussiedleraufnahme die weltweit größte demografische Umwälzung des 20. Jahrhunderts und eine der größten der Geschichte war. Deshalb ist es der politische Auftrag, dass die Deutschen mit dem letzten Kapitel des Krieges endlich ins Reine kommen. Das Thema muss mit neuen Fragestellungen in das öffentliche Bewusstsein geholt werden.

Die Diskussion prägte auch die Frage, ob die bewegte Geschichte und Le-



Foto: privat

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion: v.l.: Otto Horst, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Valentina Wassiljew, Vorsitzende des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland, Willibald Piesch, Vorsitzender des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V., Christoph de Vries

bensleistung insbesondere der Spätaussiedler allgemein bekannt, ja anerkannt ist. Auch die aktuelle Bedeutung von Heimat, Identität und Deutschsein als Integrationsmotiv für unser Land wurde intensiv diskutiert. Die daraus gewonnen Erkenntnisse bringt die Gruppe in die parlamentari-

sche Arbeit ein und plant, dieses Pilotprojekt bundesweit durchzuführen. Abgerundet wurde die erfolgreiche Veranstaltung durch den Chor „Abendklang“ des Landesverbandes Hamburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Bundesförderung für deutsches Kulturerbe im östlichen Europa auf Rekordniveau

Fördermittel erreichen mit mehr als 31 Millionen Euro historischen Höchststand



Foto: Gitta Gonnemann

Gitta Gonnemann

Am 25. Juni 2021 debattierte der Deutsche Bundestag den Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in den Jahren 2019 und 2020. Dazu erklärt die stellvertretende Vor-

sitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Gonnemann:

„Die Kulturarbeit nach Bundesvertriebenengesetz wurde noch nie in diesem Maße gefördert. 2020 gab es einen historischen Höchststand: Der Bund stellte in diesem Jahr 31,16 Mio. Euro an Finanzmitteln zur Verfügung. Seit Regierungsübernahme 2005 wurden die Fördermittel also fast verdreifacht. Dies ist ein Erfolg für das Miteinander der Menschen in Osteuropa. Ein Erfolg für die Vertriebenen. Ein Erfolg für Verständnis und Verständigung.“

Vielfältige Maßnahmen wurden in Deutschland und Osteuropa geför-

dert. Dazu gehören zum Beispiel das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin oder das Sudetendeutsche Museum in München. Mit unseren Partnern in Rumänien haben wir die Restaurierung von insgesamt 40 siebenbürgisch-sächsischen Kirchenburgen gestartet.

Diesen Kurs werden wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auch weiterhin unterstützen. Wir treten für den Erhalt deutschen Kulturguts im östlichen Europa ein. Dies dient dem friedvollen Miteinander. Es fördert zudem auch das Verständnis füreinander. Kultur baut und öffnet Brücken für Menschen.“

Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2019 und 2020

Debatte am 25. Juni 2021 im Deutschen Bundestag

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2019 und 2020

Drucksache [19/30790](#)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss Digitale Agenda

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Eckhard Pols für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Foto: Jörg Ahlfeld

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sind Deutschlands Wunden verheilt? In der deutschen Be-

völkerung besteht an Flucht und Vertreibung nach wie vor großes Interesse. Das hat zuletzt die hochkarätig besetzte ZDF-Verfilmung des Bestsellers „Altes Land“ von Dörte Hansen gezeigt, die Ende 2020 5 Millionen Zuschauer erreicht hat. Die Autorin erklärte zum Überraschungserfolg ihres Romans über drei Frauengenerationen, die eng mit Ostpreußen verwoben sind, in der „Welt“ – ich zitiere –: „Ich glaube, dass das Thema mittler-

weile sehr gut aufgearbeitet ist – aber verschmerzt ist es offenbar noch nicht.“

Von der Spitzenkandidatin der Grünen ist gerade ein ebenso bemerkenswertes Buch erschienen. Das aufschlussreiche Werk – einige nennen es den Begleittext zum Wahlprogramm ihrer Partei – ist ihrer Großmutter gewidmet und an – Zitat – „all die Generationen, die so viel erlitten, erkämpft und geleistet haben und auf deren Schultern wir heute stehen“. Da hat die Bundesvorsitzende einmal vollkommen recht. Die heimliche Hauptfigur, ihre Oma, kam als Spätaussiedlerin aus Oberschlesien nach Niedersachsen. Sie hat ihrer Enkelin anscheinend viel erzählt, auch von Flüchtlingstrecks und wie schlimm es für Frauen werden konnte und auch wurde. Im Wahlprogramm dieser Partei steht jedoch viel über Tiere und Natur. Von den Millionen Menschen, die alles miterlebt und mit aufgebaut haben, steht kein einziges Wort. Ich darf Ihnen mal die Überschrift des entsprechenden Absatzes im Regierungsprogramm unserer Union vorlesen: „Vertriebene und Aussiedler wertschätzen“. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und einer Volkspartei, die es seit Bestehen der Bundesrepublik fünfmal ins Kanzleramt geschafft hat. Wir haben nicht vergessen, wem wir das zu verdanken haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, weil wir nicht vergessen, gibt es seit Montag das bundesweit gelobte Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Berliner Deutschlandhaus. Das 75 Millionen Euro teure Dokumentationszentrum ist ein Meilenstein der deutschen Erinnerungspolitik und wird der Aufarbei-

tung des letzten Kapitels des Zweiten Weltkrieges einen neuen, entscheidenden Impuls geben. Ich schließe mich der Frau Bundeskanzlerin an, die in ihrer Eröffnungsrede ausdrücklich den persönlichen Einsatz von Erika Steinbach gewürdigt hat.

(Zuruf von der LINKEN: Oh!)

Ohne die langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen gäbe es dieses Zentrum nicht.

weiter großes Interesse an Flucht und Vertreibung

Meine Damen und Herren, der Zweite Weltkrieg beschäftigt uns noch immer. 80 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion hat sich Russlands Präsident in der „Zeit“ an die Deutschen gewandt. Der Gastbeitrag muss uns alle hellhörig machen. Ich greife nur einen Punkt heraus. Putin schreibt, dass der Sowjetsoldat seinen Fuß nicht auf deutschen Boden gesetzt habe, um sich an den Deutschen zu rächen, sondern – Zitat – „um seine edle und große Befreiungsmission zu erfüllen“.

Unbestritten haben die Soldaten der Roten Armee einen hohen Blutzoll bei der Niederwerfung Nazideutschlands entrichtet. Unbestritten sind die vorausgegangenen Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion. Zur Wahrheit gehören aber auch die Hunderttausenden deutschen Frauen, die 1945 Opfer von Massenvergewaltigungen wurden und von denen viele elend zugrunde gingen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn das für eine Aufrechnerei, die Sie da betreiben! Das ist geschichtsvergessen, was Sie da reden!)

Marion Gräfin Dönhoff, die berühmte einstige Mitherausgeberin dieser Wochenzeitung, hätte als Zeitzeugin der Redaktion gerne beratend zur Seite gestanden. Wie hätte es die Gräfin wohl verkraftet, dass ausgerechnet in ihrer ostpreußischen Heimat heute Raketen stationiert sind, die bis nach Warschau oder Berlin reichen? „Die Zeit“ hat angekündigt, Entgegnungen auf den Text in den kommenden Wochen zu veröffentlichen. Man darf gespannt sein, ob eine Plenarrede dazu zählt.

Historische Wahrheit heute in Gefahr

Meine Damen und Herren, die Union hält am Postulat des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1945 fest: Wir müssen der historischen Wahrheit ins Auge sehen, „ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit“.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die historische Wahrheit ist heute allerdings, wie ich hier nur kurz anreißen konnte, in Gefahr. Unsere Fraktion wird darauf reagieren und der Geschichtspolitik eine neue Bedeutung beimessen. Deutschland hat aufgrund seiner jüngsten Vergangenheit hier eine besondere Verantwortung. Dem vorliegenden Bericht der Bundesregierung ist zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Simone Barrientos [DIE LINKE]: Das war echt peinlich! – Gegenruf von der AfD: Gefällt's euch nicht?)

Das Wort hat die Kollegin Marianne Schieder für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)



Foto: Susie Knoll

M a r i a n n e Schieder (SPD):

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt einmal auf das Thema zurückkommen, um das es hier geht,

nämlich auf § 96 des Bundesvertriebenengesetzes und die darin festgelegte Förderung der Kulturarbeit.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes ist und bleibt eine Erfolgsgeschichte. Gerne weise ich auch heute wieder darauf hin, dass die Fördergrundlage, die diese Erfolgsgeschichte erst möglich macht, die sogenannte Konzeption 2000 ist. Sie stammt von der rot-grünen Bundesregierung und wurde im Jahre 2000 verabschiedet. Zu den geförderten Einrichtungen gehört neben der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hier in Berlin eine ganze Reihe von Museen, die über ganz Deutschland verteilt sind. Es sind Museen, die sich mit der kulturellen Tradition und Geschichte des deutschen Lebens in den Regionen des östlichen Europas beschäftigen, in denen Deutsche gelebt haben und heute noch leben. Das alles sind sehr interessante und gute Einrichtungen. Danke für die dort geleistete Arbeit!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das in dieser Woche eröffnete Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist gut gelungen. Ich war am Montag dieser Woche bei der Eröffnung dabei und konnte mich selbst überzeugen: eine sehr interessante Architektur und eine beeindruckende Dauerausstellung. Ich kann nur herzlich einladen, diese Einrichtung zu besuchen und dies sozusagen als Geheimtipp an die Besuchergruppen weiterzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Über § 96 Bundesvertriebenengesetz wird aber auch Forschung gefördert, es werden Stipendien vergeben, und es werden Kulturvermittlung und Kulturaustausch unterstützt. Unverzichtbar ist natürlich die kulturelle Breitenarbeit, die den Vereinen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen, Landsmannschaften und anderen Einrichtungen der Vertriebenen ihre vielfältigen Aktivitäten ermöglicht. Vieles von dem, was hier für 2020 geplant war, musste leider wegen Corona abgesagt werden oder konnte gar nicht erst in Angriff genommen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der verständigungspolitischen Arbeit der Vertriebenen. Hier wurden 2019 immerhin 71 Projekte finanziert. 2020 waren es – wiederum wegen Corona – nur 21.

Paragraph 96 BVFG bleibt eine Erfolgsgeschichte

Sehr interessant fand ich die Orientierung am Bauhaus-Jahr 2019 unter dem Motto „Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne im östlichen Mitteleuropa“. Da ging es um die Auseinandersetzung mit moderner Architektur im ehemaligen Nordostdeutschland und in der Küstenregion der Zweiten Polnischen Republik.

Aber für ganz besonders gelungen halte ich die Beiträge zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, weil damit die europäische Dimension der Förderung besonders zum Ausdruck kommt. Diese europäische Dimension halte ich für sehr, sehr wichtig, ja für unerlässlich. In diese Richtung geht auch die sehr zu begrüßende Einrichtung des neuen Förderschwerpunktes „Vielstimmige Erinnerung – gemeinsames Erbe – europäische Zukunft: Kultur und Geschichte der

Deutschen und ihrer Nachbarn im östlichen Europa“.

Herzlicher Dank der SPD-Bundestagsfraktion

Besonders freut es mich als Oberpfälzerin natürlich, dass auch die Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg wieder gut gefördert ist. Das ist ebenfalls ein Geheimtipp – wenn Sie einmal in die Oberpfalz kommen –: Es wird einzigartige Kultur und Kunst gezeigt, aber es gibt dort auch ein ganz interessantes und kontinuierlich weiterentwickeltes Kulturvermittlungsprogramm: Vermittlung von Kultur an Kinder, an krebserkrankte Kinder, an Kinder mit Behinderung. Gerade entsteht in Zusammenarbeit mit den Mittelschulen ein Audioguide, in dem unter dem Motto „Der andere Blick“ ebendiese jungen Menschen ihre Lieblingswerke für andere junge Menschen, für andere Schülerinnen und Schüler darstellen. Eine wirklich tolle Sache.

Alles in allem, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Bundesförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes entfaltet ein unglaublich vielfältiges Engagement, für das ich mich heute persönlich, aber auch im Namen der SPD-Bundestagsfraktion ganz herzlich bei allen bedanken möchte, die dazu beigetragen haben – sei es hauptamtlich, sei es ehrenamtlich.

Ich kann nur sagen: Weiter so! Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat Dr. Bernd Fabritius für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



Foto: Henning Schacht

Dr. Dr. h. c. Bernd Fabritius (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Debatte über

die vielen gelungenen Maßnahmen zur Kulturförderung nach § 96 BVFG schließen wir eine für die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ereignisreiche Woche und eine insgesamt erfolgreiche Wahlperiode positiv ab.

Mit dem Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am letzten Sonntag und der Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Beisein unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, und unserer Kulturstaatsministerin, Professorin Monika Grütters, am Montag lag das Augenmerk dieser Woche zuerst auf dem Schicksal unserer Landsleute. Gerade mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums schließt sich nun endlich eine Lücke in der Erinnerungslandschaft unserer Hauptstadt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dafür bin ich Ihnen, liebe Frau Staatsministerin, und auch unserer Bundeskanzlerin ausdrücklich dankbar. Ich empfehle dringend, diese Einrichtung in das Besuchsprogramm des Bundespresseamts aufzunehmen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Fördersumme in den Jahren 2019 und 2020 von über 54 Millionen Euro mit den beiden Leuchtturmprojekten „Dokumentationszentrum“ und „Sudetendeutsches Museum“ spiegelt Inhalt und Auftrag des § 96 BVFG angemessen wider. Die Förderung bildet eine wichtige Grundlage für den Erhalt und die Fortentwicklung des jahrhundertealten kulturellen Erbes, das uns allen gehört und das Teil der gesamtdeutschen Kulturbioografie ist. Darum geht es in der heutigen Rede: Die Fördermaßnahmen des § 96 BVFG

zu erhalten, weiter auszubauen und in die Zukunft zu tragen, ist uns eine liebe Verpflichtung.

Meine Damen und Herren, kulturelles Erbe ist aber weitaus mehr als nur erhaltenswert. Für die Menschen ist es ein zentraler Ankerpunkt ihrer eigenen Identität. Diese kulturelle Identität zu erhalten und an kommende Generationen weiterzureichen, ist unerlässlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unseren Landsleuten in Heimatgebieten helfen

Wir müssen unseren Landsleuten ein starkes Fundament bereitstellen, auf dem gerade junge Menschen die eigene Identität finden und festigen können. Das Interesse für die Kultur, das Brauchtum, die Geschichte der Heimatvertriebenen keimt zuerst in der Familie und im familiären Umfeld. Es ist Voraussetzung für die Ausbildung eines gefestigten, persönlichen Selbstverständnisses in kultureller Vielfalt. Erst das gewährt den Fortbestand dieser schützenswerten Kultur und der damit verbundenen Traditionen und Bräuche.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unseren Landsleuten, die weiter in den Heimatgebieten leben, helfen diese Fördermaßnahmen, Assimilierung abzuwehren und kulturelle Vielfalt zu erhalten. Wir unterstützen im Sinne eines Europa der Vielfalt und der grenzüberschreitenden Verständigung sowie des kulturellen Austauschs mit den Maßnahmen nach § 96 BVFG nicht nur die Festigung der Identität der Deutschen in den Herkunftsgebieten, sondern wir tragen dadurch entscheidend zur Völkerverständigung in einem weiter zusammenwachsenden Europa bei. Die wei-

tere Stärkung des § 96 BVFG bleibt damit auch in der kommenden Wahlperiode Aufgabe und Verpflichtung – aus Überzeugung. Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat der Kollege Martin Rabanus für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)



Foto: Benno Kraehahn

Martin Rabanus (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich darüber, dass wir

an diesem letzten regulären Sitzungstag dieser Wahlperiode noch einmal über die Förderung von Kultur und Geschichte in den Regionen des östlichen Europas, in denen Deutsche gelebt haben und bis heute leben, sprechen können.

Wir fördern auf der Basis von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes Museen, Bibliotheken, Einrichtungen der Forschung und der kulturellen Vermittlung, und zwar – ausweislich des Berichtes – 2019 mit rund 23,5 Millionen Euro und 2020 sogar mit gut 31 Millionen Euro. Wir fördern damit den internationalen Dialog und das Verständnis für den europäischen Integrationsgedanken. Wir stärken Kooperationsprozesse. Genau darum geht es. Es geht nicht um Deutschtümeleien oder derlei Dinge mehr, sondern es geht um Kooperationen mit den Partnern des östlichen Europas, es geht um Integration, es geht um Verständigung.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass wir gerade in dieser Woche mit der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung hier in Berlin einen besonderen Meilenstein verzeichnen konnten; das ist von meiner Kollegin Marianne Schieder und anderen ausgeführt worden.

Ich will dem zwei weitere Beispiele aus den vielen beistellen, die der Bericht aufweist. Das ist zum einen das Schlesische Museum zu Görlitz. Im Schlesischen Museum zu Görlitz wird die Vergangenheit und Gegenwart Schlesiens als einer europäischen Kulturregion dargestellt. Dafür arbeiten polnische und tschechische Museen mit Bildungseinrichtungen und Institutionen aus Deutschland zusammen. 2020 förderten wir dieses Museum mit knapp 650 000 Euro, um nur diese eine Zahl zu nennen.

Es geht nicht um Deutschtümelei

Zum anderen will ich das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung nennen, ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft im hessischen Marburg, das 2020 vom Bundestag 2,8 Millionen Euro erhielt, um damit die Region Ostmitteleuropa erforschen zu können und das Wissen Bibliotheken, Museen politischen Akteuren und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können. Andere Beispiele könnte man nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen, der Bericht der Bundesregierung enthält hochaktuelle Themen; denn heute geht es in Europa um Vertrauen, um Zuverlässigkeit und um stabile Partnerschaft. Das ist wichtig. Das unterstützen wir mit dieser Arbeit. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich in der Erinnerungskultur immer damit auseinander, Zeichen für Toleranz und Aufklärung und gegen demokratiefeindliche Tendenzen zu setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit will ich zum Schluss kommen. Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich ganz herzlich für die Zusammenarbeit mit den demokratischen Fraktionen in dieser Wahlperiode bedanken. Ich bedanke mich auch bei der BKM für die gute Zusammen-

arbeit. Es war mir eine Freude und eine Ehre! Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich gehe davon aus, dass das nicht Ihre letzte Rede hier im Hause war.

(Martin Rabanus [SPD]: Das wäre der Plan!)

– Gut.

Das Wort hat die Kollegin Elisabeth Motschmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Foto: Julia Nowak

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenwart und Vergangenheit gehören – wir

haben es gehört – beim Thema „Flucht und Vertreibung“ zusammen.

Ich beginne einmal mit der Gegenwart. Über 82 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, fast so viele Menschen, wie Deutschland Einwohner hat. Die Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, ein trauriger Höchststand, und fast die Hälfte sind Kinder unter 18 Jahren. Ihnen müssen wir uns zuwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Flucht und Vertreibung sind nicht nur Teil unserer eigenen Geschichte, sie sind Geschichte Europas, sie sind Geschichte der ganzen Welt. Sie sind auch heute bittere Realität. Im 21. Jahrhundert müssen weltweit Millionen von Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen. Die Bilder aus Syrien, Irak und Jemen machen uns

betroffen; sie machen uns nicht nur betroffen, sondern oft auch machtlos. Aber wir haben die Macht, ihr Flüchtlingschicksal zu erleichtern, ihnen zu helfen. Das gilt in ihrer Heimat, aber auch in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt komme ich zu den Vertriebenen, die wir als Deutsche zu beklagen haben – immer natürlich im Bewusstsein, wie schuldig wir in dem Krieg geworden sind; aber das ändert nichts an der Tatsache, dass auch damals Millionen Kinder und Frauen vor dem Krieg, vor dem Hunger, vor Vergewaltigung fliehen mussten. Das dürfen wir niemals vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Fritz Felgentreu [SPD])

Diese Flüchtlinge mussten ihr Zuhause verlassen und eine neue Heimat finden. Sie wollten keine Vergeltung – das will ich hier ausdrücklich betonen –, sondern haben in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen Versöhnung gefordert. Nur darum kann es in der Erinnerungskultur gehen. Wir wollen uns versöhnen und nicht weiter spalten und trennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen die Erinnerung an diese Vertreibungsgeschichten in vollem Bewusstsein und im Kontext unserer historischen Verantwortung und Schuld wachhalten. Wir müssen unsere Geschichte in Geschichten erzählen und erzählen lassen. Genau das passiert in diesem Zentrum, und genau das ist unser Auftrag.

Über 82 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war nun meine 77.

und letzte Rede im Deutschen Bundestag. In der Verantwortung vor Gott und den Menschen habe ich meine Politik verstanden. Ich blicke heute nach vorn. Nun werde ich mich weiter an anderen Orten für die Themen einsetzen, die mir hier so wichtig waren. Ich will sie noch einmal nennen.

Gegenwart und Vergangenheit gehören zusammen

Unsere Kultur, stets unterschätzt und gerade in der Pandemie so schmerzlich vermisst. Ich wünsche mir, dass die Kultur künftig in diesem Hause eine noch viel größere Rolle spielt als bis jetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Repräsentanz von Frauen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, von allen gewollt, aber noch lange nicht realisiert. Ich wünsche mir, dass in der nächsten Legislatur in diesem Hohen Haus mehr Frauen sitzen als im Augenblick.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Simone Barrientos [DIE LINKE]: Jawohl! Mehr Frauen als Männer am besten!)

Die Erinnerungskultur in unserem Land, für viele nah, für die junge Generation fern; deshalb diese Debatte. Schließlich die deutsche Außenpolitik, scheinbar fern und doch Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Demokratie in Deutschland, in Europa und der Welt.

Ich danke allen, vor allem meiner eigenen Fraktion, für alle Unterstützung in den vergangenen acht Jahren. Ich danke aber auch den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit, die es im Kulturbereich doch ge-

geben hat. Ich danke schließlich meiner Familie, meinem Mann, der da oben sitzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD, der FDP, der LINKEN und des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke meinen Kindern für alle Unterstützung und Hilfe. Sie haben nie geklagt, wenn ich das Haus verlassen habe, aber haben sich immer doch doll gefreut, wenn ich wiedergekommen bin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke meinem Team. Ich kann nicht alle aufzählen. Ich sage nun dankbar: Auf Wiedersehen und Gottes Segen für unser Land! Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollegin Motschmann, auch Ihnen wünsche ich alles, alles Gute für den folgenden Lebensabschnitt. Wenn man so erwartet wird, ist das sehr schön. Ich habe mich gerade vergewissert – Sie haben es gesagt –: acht Jahre. Ich hatte das Gefühl, dass wir viel länger zu diesen wichtigen Fragen miteinander gestritten haben. Also: Alles Gute!

(Beifall)

Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache [19/30790](#) an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Aufbau eines Ostpreußen- und Deutschbaltischen Archivs beschlossen

Unionsfraktion setzt Kurs der Kulturförderung nach Bundesvertriebenengesetz maßvoll fort



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf der Berreinigungssitzung am 26. Oktober 2020 zusätzliche Mittel für die

Kulturförderung gemäß Bundesvertriebenengesetz beschlossen. Dazu erklärt der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Die Union setzt ihren Kurs der Bundesförderung nach dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes trotz Corona-Pandemie fort, die im Bundeshaushalt 2021 maßvoll um knapp 800.000 Euro erhöht wird.

- Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erhält im Nachgang der hinzugekommenen Deutschbaltischen Abteilung sowie im Zuge des bereits von Bund und Land bewilligten Erweiterungsbaus eine Archivarstelle, die der Bund mit 45.000 Euro Projektmitteln jährlich unterstützt. Mit der neuen ‚Kant‘-Abteilung wird der Anspruch an überregionaler Forschung deutlich steigen und es zeichnet sich am Landesmuseum bereits jetzt schon ab, dass für die Vermittlung und Erforschung ostpreußischer und deutschbalti-

scher Kulturarbeit die Bewahrung und Zugänglichkeit von Archivmaterial unverzichtbar ist.

- Das Carl-Schirren-Archiv, eines der wichtigsten Archive zur Geschichte des Baltikums mit Sitz ebenfalls in Lüneburg, wird für die notwendige Erschließung wie Digitalisierung nach wissenschaftlichen Maßstäben mit 200.000 Euro gefördert. Der Bestand im mittelalterlichen Brömsehaus wurde von einer Expertengruppe der BKM mit dem Ergebnis evaluiert, dass es sich um kulturhistorisch wertvolle und im Sinne des §96 BVFG für die Geschichte der Deutschbalten relevante Archivalien handelt.

Durch beide Projekte wird es langfristig möglich, ein Ostpreußen- und Baltendeutschen Archiv aufzubauen und Synergieeffekte (z.B. Verwendung einheitlicher Software) am Standort Lüneburg zu nutzen. Auch die Vernetzung mit dem dortigen ebenfalls vom Bund geförderten Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa wird angestrebt.

- Der Bund fördert seit 2019 die Notsicherung des Schlosses Steinort, um eines der bedeutendsten noch erhaltenen Schlösser Ostpreußens vor dem Verfall zu bewahren. Die weitere bauliche Sicherung der großen Gutsanlage wird mit 500.000 Euro unterstützt.

- Der Museumsverband Niedersachsen und Bremen hat in Kooperation mit der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene ein Pilotprojekt zu den Heimatsammlungen entwickelt, das der Bund erneut mit 50.000 Euro fördert. Wesentliche Bausteine des dreijährigen Projektes sind: die Unterstützung der Sammlungsbetreuer bei der Aufrechterhaltung einer autarken Sammlung, die Erschließung der Sammlungen nach musealen Standards sowie etwaige Maßnahmen zur präventiven Konservierung sowie die virtuelle Zusammenführung der Sammlungen in deutschen und polnischen Museen. Die Ergebnisse lassen sich auf andere Bundesländer übertragen und sind ein wichtiger Beitrag zum langfristigen Erhalt von Zeugnissen der historischen deutschen Ostgebiete.

Die Ergebnisse sind ein wichtiger Erfolg für die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich weiter nachhaltig und mit Erfolg für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen einsetzt.

Ausdrücklicher Dank gehört der zuständigen Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, Patricia Lips, die den von unserer Fraktion geforderten Aufwärtstrend der Bundesförderung mit großem Nachdruck befördert.“

Friedensnobelpreis für Heimatvertriebene?

Vorstandssitzung der Gruppe mit der Bundeskanzlerin

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag konferiert traditionell einmal in der Legislaturperiode mit der Bundeskanzlerin. Die Sitzung fand am 28. Januar 2021 Corona-bedingt als Videokonferenz statt.

An der Sitzung nahmen der komplette Vorstand und die beiden für die Innen- bzw. Kulturpolitik zuständigen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thorsten Frei MdB und Gitta Conemann MdB teil. Die Themen reichten von der Debatte um die Deutungshoheit des Zweiten Weltkrieges über die Fremdrente bis zu einer möglichen Initiative, den Friedensnobelpreis für die deutschen Heimatvertriebenen anzulegen.

Die Bundeskanzlerin hatte bereits in ihrer Fernsehansprache vom 18. März



Foto: Bundesregierung / Guido Bergmann

Gesprächsteilnehmer mit Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel

2020 erklärt, dass die Bewältigung der Corona-Pandemie die „größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“ sei. Die Gruppe bestätigte, dass der letzte Weltkrieg für die Deutschen noch immer zentraler Bezugspunkt ist.

Die aktuellen Debatten um das sog. Polen-Denkmal oder das geplante Do-

kumentationszentrum zur deutschen Besatzungsherrschaft zeigen, dass Geschichtspolitik wieder Konjunktur hat. Zudem befindet sich die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik im Umbruch, den die Gruppe aktiv gestalten will. Bei der Bewältigung des Kriegesfolgeschicksals hat sich die Union ein Alleinstellungsmerkmal und viel Vertrauen bei den Betroffenen erworben.

Wir investieren wieder in Ostpreußen!

Atmosphärisches Jahrestreffen der Landsmannschaft in Wolfsburg



Foto: Landsmannschaft Ostpreußen

Festhalle im Congresszentrum Wolfsburg

Die Gruppe nahm am letzten Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen teil, das noch vor Corona 2019 in Wolfsburg stattgefunden hat.

Herr Pols erklärte in seinem Grußwort, dass die Bundesregierung wieder in Ostpreußen investiere. So konnte das Ostpreußische Landesmuseum in seiner Heimatstadt Lüneburg im Sommer 2018 erfolgreich wieder eröff-

net werden. Der Umbau und die vollkommen neugestaltete Dauerausstellung kosteten sechs Millionen Euro. Es ist der Gruppe außerdem gelungen,

die Haushaltspolitiker des Bundes zu überzeugen, die Modernisierung des weltweit einzigen Museums für ganz Ostpreußen weiter voranzutreiben. Für die Erweiterung des künftigen "Kant-Baus" stehen 5,6 Mio. Euro aus Bundes- und 2,4 Mio. Euro aus Landesmitteln zur Verfügung - eine enorme Investition für diese Einrichtung.



Foto: Landsmannschaft Ostpreußen

Eckhard Pols hält das Grußwort

Die Lobby der Heimatpolitik im Deutschen Bundestag

Auswahl der Gesprächspartner und Themen der Gruppe



Foto: privat

Antrittsbesuch der Gruppe bei **Alexander Dobdrindt**, Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Foto: privat

Auftaktgespräch der Gruppe mit **Ralph Brinkhaus** (3.v.l.), Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Foto: privat

Treffen der Gruppe mit **Stefan Aust** (3.v.l.), Herausgeber der Tageszeitung "Die Welt", zum Thema Beutekunst am Beispiel des legendären Bernsteinzimmers in Königsberg



Foto: Ines Roehm

Die Gruppe im Gespräch mit **Anja Karliczek**, Bundesministerin für Bildung und Forschung, zum Thema Geschichtsunterricht an deutschen Schulen und Universitäten



Foto: IfA

Gespräch der Gruppe mit **Karoline Gil**, Bereichsleiterin beim Institut für Auslandsbeziehungen, und IfA-Kulturmanagerinnen



Foto: privat

Sitzung der Gruppe mit **Tilman Kuban**, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, zu aktuellen Fragen des Generationenwechsels bei Spätaussiedlern und Heimatvertriebenen

Foto: privat



Gespräch mit **Christiane Hoffmann**, Autorin im SPIEGEL-Hauptstadtbüro, über das Phänomen der Spurensuche



Foto: AGDM

Treffen der Gruppe mit **Bernard Gaida**, Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Minderheit in Polen, und **Andrea Lindholz**, Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Foto: ernst@ernstfotos.de



Eine von neun Sitzungen der Gruppe mit **Prof. Dr. Bernd Fabricius** (3.v.l.), Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zur Aussiedler- und Vertriebenenpolitik



Foto: privat

Austausch der Gruppe mit dem Vorstand des Trakehner Verbandes, v.l.: Sven Oole, Norbert Camp, Eckhard Pols, Beate Träm, Erhard Schulte, Dieter Stier, Kurt Rossmannith, Axel Müller, Eckhard Gnodtke

Foto: privat



Gespräch mit **S.E. Andrij Melnyk** (3.v.l.), Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik, zur Debatte um das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges



Foto: privat

Sitzung der Gruppe zum sog. Polen-Denkmal in Berlin, v.l. Egon Primas, Dr. Michael Frehse, **Prof. Stephan Lehnstaedt**, Eckhard Pols, **Florian Mausbach**, Christoph de Vries, Sven Oole



Foto: privat

Gespräch mit **Roland Jahn** (2.v.l.), Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, über die Tätigkeit des MfS gegen die Vertriebenenverbände und aktuelle Fragen der Geschichtspolitik

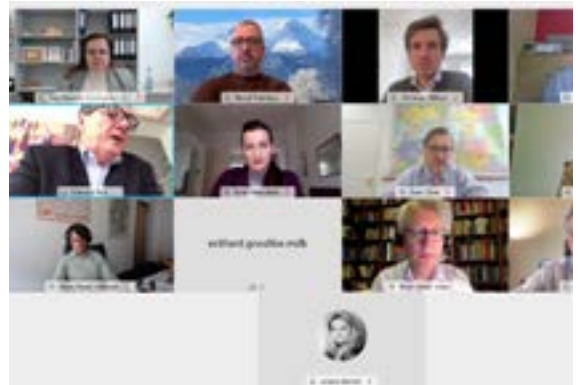


Foto: Ines Roehm

Diskussion mit **Prof. Peter Oliver Loew**, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, über das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und den neuen "Ort des Erinnerns" in Berlin

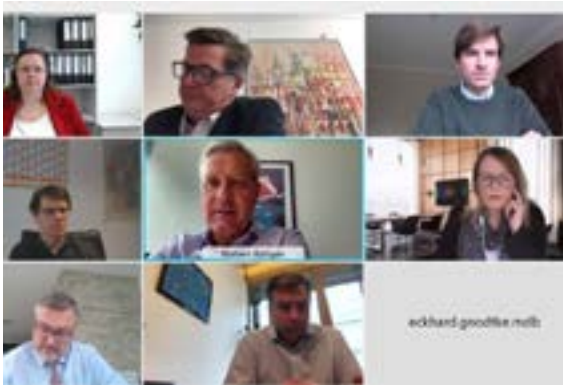


Foto: Ines Roehm

Sitzung mit **Dr. Norbert Röttgen**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, über die Rolle der deutschen Minderheiten in der zukünftigen Außenpolitik der Bundesrepublik



Foto: privat

Sitzung mit dem **Präsidium des Bundes der Vertriebenen** über neue Aufgaben in der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik



Foto: privat

Treffen mit dem Jugendverband der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

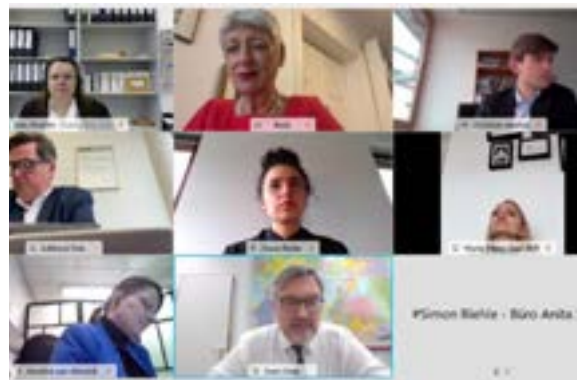


Foto: Ines Roehm

Gespräch mit **Marieluise Beck**, Gründerin der Denkfabrik Zentrum Liberale Moderne, über neue Repräsentationsangebote für Spätaussiedler

Werte der Vertriebenen-Charta bis heute aktuell

Dank für den Einsatz für ein geeintes Europa und den Wiederaufbau Deutschlands

Foto: CDU/jan Kopecky



Thorsten Frei und Eckhard Pols

Am 5. August vor 71 Jahren unterzeichneten die Vertriebenenverbände und ostdeutschen Landsmannschaften in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Dazu erklären Thorsten Frei, der für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten zuständige Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, sowie Eckhard Pols, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten:

Thorsten Frei: „Nur fünf Jahre nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und nach dem durch Willkür und Gewalt herbeigeführten Verlust ihrer Heimat unterzeichneten die Vertriebenenverbände die Charta der Heimatvertriebenen. Die meisten Vertriebenen hatten unsägliches Leid erfahren und mussten feststellen, dass viele Westdeutsche über Jahre hinweg die von Ihnen erbrachten Opfer nicht wirklich anerkannten. Heute erinnern wir daran, dass die Charta zu einem der Gründungsdokumente der Bundesrepublik und einem der Ausgangspunkte für das friedliche Europa geworden ist: Dieses Dokument beinhaltet nicht nur die Rechte und Pflichten der Flüchtlinge und Vertriebenen, sondern auch den Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie den Einsatz für ein

geeintes Europa und den Wiederaufbau Deutschlands.“

Eckhard Pols: „Das Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik hätte ohne die bedingungslose Integrationsbereitschaft und den Fleiß der Vertriebenen nie jene Höhenflüge überreicht, für die es noch immer bewundert wird. Dafür gilt ihnen bis heute unsere höchste Anerkennung und unser Dank.

Auch wenn die aktuellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie nicht mit der Nachkriegszeit vor 70 Jahren zu vergleichen sind, wird auch heute jedem von uns vor Augen geführt, dass die Werte, für die die Charta der Vertriebenen steht – Verzicht, Hingabe, die Bereitschaft zur Rücksichtnahme –, nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben.“

Der Deutsche Osten liegt in Düsseldorf oder Hamburg

Die Gruppe besucht Geschäftsstellen der Heimatvertriebenen

Foto: Privat



Zu Besuch im Gerhard-Hauptmann-Haus in Düsseldorf beim BdV-Landesverband NRW, Thema war u.a. die Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums im benachbarten Ratingen, v.l.: Kulturreferentin Christina Eichmann, Eckhard Pols, Rudi Pawelka, Peter Beyer



Foto: Privat

Auf Stippvisite in der Hamburger Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen und Redaktionssitz der Preußischen Allgemeinen Zeitung, die einen neuen Chefredakteur hat, v.l.: Sebastian Husen, Eckhard Pols, Stephan Grigat, Sven Oole

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducsu



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)